

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhalt</b> .....	XI
<b>Teil 1 Meinungsstand und Fragestellung</b> .....	1
A. Die Auffassung der herrschenden Lehre .....	2
B. Grundlegende Problematik und Kritik .....	9
C. Methodik und Gang der Untersuchung .....	14
<b>Teil 2 Grundlagen, Entwicklung und Bestand des aktienrechtlichen     Beschlussmängelsystems</b> .....	17
A. Die Anfänge der Aktiengesellschaft .....	18
B. Die Aktienrechtsnovelle von 1884 .....	26
C. Das Handelsgesetzbuch von 1897 .....	40
D. Die Reformbestrebungen in der Weimarer Republik und das Aktiengesetz von 1937 .....	56
E. Das Aktiengesetz von 1965 .....	66
F. Die Entwicklung bis zur Gegenwart .....	81
G. Die Zukunft des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts .....	107
H. Resümee zur Entwicklung des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts .....	113
<b>Teil 3 Die generelle Übertragbarkeit des aktienrechtlichen Beschluss-     mängelsystems auf die GmbH</b> .....	117
A. Die funktionelle Vergleichbarkeit: die Kapitalsammelfunktion .....	117
B. Die historische Vergleichbarkeit: der Standpunkt des subjektiven Gesetzgebers .....	128
C. Die strukturelle Vergleichbarkeit: das Verfahren der Beschlussfassung .....	149
D. Die teleologische Vergleichbarkeit: das Bedürfnis nach Rechtssicherheit .....	165
E. Die Folgerungen für das Beschlussmängelrecht der GmbH .....	192
<b>Teil 4 Die Herleitung des allgemeinen Beschlussmängelrechts aus dem     Anspruch auf Einhaltung der Verbandsverfassung</b> .....	195
A. Die dogmatische Fundierung des allgemeinen Beschlussmängelrechts .....	196
B. Die Ausformung des allgemeinen Beschlussmängelrechts .....	219
C. Die Folgerungen für das Beschlussmängelrecht der GmbH .....	223
<b>Teil 5 Die Durchbrechungen des allgemeinen Beschlussmängelrechts     durch die analoge Anwendung einzelner Elemente der aktien-     rechtlichen Regelung</b> .....	225
A. Die Nichtigkeit von Beschlüssen .....	225

## *Inhaltsübersicht*

---

B. Die Anfechtbarkeit von Beschlüssen . . . . .	245
C. Die Aktivlegitimation . . . . .	321
D. Die Passivlegitimation . . . . .	337
E. Rechtskrafterstreckung und Gestaltungswirkung . . . . .	346
F. Prozessuales . . . . .	368
<b>Teil 6 Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen . . . . .</b>	<b>381</b>
<b>Abkürzungen . . . . .</b>	<b>389</b>
<b>Literatur . . . . .</b>	<b>397</b>
<b>Sachregister . . . . .</b>	<b>443</b>

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	IX
<b>Teil 1 Meinungsstand und Fragestellung</b> .....	I
A. <i>Die Auffassung der herrschenden Lehre</i> .....	2
B. <i>Grundlegende Problematik und Kritik</i> .....	9
C. <i>Methodik und Gang der Untersuchung</i> .....	14
<b>Teil 2 Grundlagen, Entwicklung und Bestand des aktienrechtlichen     Beschlussmängelsystems</b> .....	17
A. <i>Die Anfänge der Aktiengesellschaft</i> .....	18
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts .....	18
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts .....	21
B. <i>Die Aktienrechtsnovelle von 1884</i> .....	26
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts .....	26
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts .....	27
1. Die Kodifikation des Anfechtungsrechts .....	27
a) Motive des historischen Gesetzgebers .....	28
b) Inhalt der neuen gesetzlichen Regelung .....	29
2. Auswirkungen der Kodifikation des Anfechtungsrechts .....	31
a) Die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft .....	31
b) Die Anfechtungsklage als Instrument objektiver Rechtskontrolle ....	32
c) Die Doppelfunktionalität der Anfechtungsklage .....	37
C. <i>Das Handelsgesetzbuch von 1897</i> .....	40
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts .....	40
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts .....	40
1. Legislatorische Neuerungen .....	40
2. Die Ausformung des Beschlussmängelrechts in Wissenschaft und Praxis .	41
a) Konzeptionelle Schwächen des kodifizierten Anfechtungsrechts ....	41
b) Die Entwicklung der Unterscheidung von Nichtigkeit und Anfechtung .....	42
aa) Die frühen Ansätze in der Rechtsprechung des Reichsgerichts ...	43
bb) Die Ansätze des Gesetzgebers des HGB 1897 und des FGG 1898 .....	44
cc) Die Kriterien zur Bestimmung der Nichtigkeitsfolge .....	45
(1) Das Kriterium des Wesensverstößes .....	45
(2) Das Kriterium des Kompetenzverstößes .....	46
(3) Das Kriterium des öffentlichen Interesses .....	47

(4) Das Kriterium des Scheinbeschlusses . . . . .	47
dd) Das Ringen um die Begrenzung der Nichtigkeitssfolge . . . . .	49
c) Dogmatische Folgerungen aus der Unterscheidung . . . . .	51
aa) Nichtigkeitsklage als allgemeine Feststellungsklage . . . . .	51
bb) Bestandskraft des anfechtbaren Beschlusses nach Fristablauf . . . . .	53
cc) Vorläufige Wirksamkeit des anfechtbaren Beschlusses . . . . .	54
D. <i>Die Reformbestrebungen in der Weimarer Republik und das Aktiengesetz von 1937</i> . . . . .	56
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts . . . . .	56
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts . . . . .	59
1. Kodifikation des Beschlussmängelrechts . . . . .	60
a) Nichtigkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen . . . . .	60
b) Anfechtbarkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen . . . . .	63
c) Bekämpfung von Missbräuchen . . . . .	64
2. Bedeutung des reformierten Organisationsrechts . . . . .	64
3. Auswirkungen der Neukodifikation des Beschlussmängelrechts . . . . .	65
E. <i>Das Aktiengesetz von 1965</i> . . . . .	66
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts . . . . .	66
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts . . . . .	68
1. Legislatorische Neuerungen im Beschlussmängelrecht . . . . .	68
2. Auswirkungen der Reform . . . . .	69
a) Wiederbelebung des Berufsklägertums . . . . .	69
b) Abgrenzung zwischen Anfechtbarkeit und Nichtigkeit . . . . .	70
aa) Die theoretisch unbewältigte Abgrenzungsproblematik . . . . .	70
(1) Einberufungsmängel nach § 241 Nr. 1 AktG . . . . .	71
(2) Beurkundungsmängel nach § 241 Nr. 2 AktG . . . . .	72
(3) Die Generalklauseln des § 241 Nr. 3 AktG . . . . .	72
(4) Inhaltliche Sittenwidrigkeit nach § 241 Nr. 4 AktG . . . . .	76
(5) Anfechtungsurteil und Löschung im Handelsregister (§ 241 Nr. 5, Nr. 6) . . . . .	77
(6) Ungeregelte Nichtigkeitsgründe . . . . .	78
(7) Ergebnisse . . . . .	79
bb) Praktische Irrelevanz der Abgrenzungsproblematik . . . . .	79
F. <i>Die Entwicklung bis zur Gegenwart</i> . . . . .	81
I. Allgemeine Entwicklung des Aktienrechts . . . . .	81
II. Entwicklung des Beschlussmängelrechts . . . . .	82
1. Legislatorische Neuerungen . . . . .	83
a) Neue Impulse für das Beschlussmängelrecht im UmwG 1994 . . . . .	83
b) Änderungen des Beschlussmängelrechts durch das UMAG . . . . .	85
aa) Beschränkungen des Beschlussmängelrechts . . . . .	85
bb) Fortentwicklung und Erweiterung des Freigabeverfahrens . . . . .	86
c) Die weitere Umgestaltung des Beschlussmängelrechts durch das ARUG . . . . .	87
2. Auswirkungen der Reformschritte . . . . .	89
a) Die Wirkungsweise des Freigabeverfahrens . . . . .	90
aa) Die betroffenen Hauptversammlungsbeschlüsse . . . . .	91
bb) Die Freigabeentscheidung . . . . .	91

(1) Die Freigabegründe . . . . .	91
(a) Unzulässigkeit oder offenkundige Unbegründetheit . . . .	91
(b) Mindestbesitzklausel . . . . .	92
(c) Wirtschaftliche Interessenabwägung . . . . .	92
(2) Die besondere Schwere des Rechtsverstoßes . . . . .	94
(a) Die besondere Schwere des Rechtsverstoßes als allgemeine Freigabegrenze . . . . .	94
(b) Der Begriff der besondern Schwere des Rechtsverstoßes	95
cc) Die besondere Bestandskraftwirkung des freigegebenen Beschlusses . . . . .	97
(1) Bindung des Registergerichts . . . . .	97
(2) Die Wirkung der Eintragung in das Handelsregister . . . . .	101
(3) Die Wirkung auf den Beschlussmängelprozesses . . . . .	102
dd) Ergebnisse . . . . .	103
b) Auswirkungen auf das System der Beschlussmängelkontrolle . . . . .	103
aa) Die partielle Aufgabe der objektiven Kontrollfunktion . . . . .	103
bb) Die neue Fehlerkategorie der Freigabewidrigkeit . . . . .	106
G. Die Zukunft des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts . . . . .	107
I. Künftige Probleme . . . . .	108
II. Künftige Lösungsmöglichkeiten . . . . .	109
1. Funktionelle Ersetzung durch eine Staatsaufsicht . . . . .	110
2. Funktionelle Ersetzung durch Haftungsrecht und Aktionärsklage . . . . .	110
3. Funktionelle Ersetzung durch das Kapitalmarktrecht . . . . .	111
H. Resümee zur Entwicklung des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts . . . .	113
I. Das Spannungsverhältnis zwischen Legalitätssicherung und Funktions- fähigkeit . . . . .	113
1. Legalitätssicherung . . . . .	113
2. Funktionssicherung . . . . .	114
3. Spannungsverhältnis . . . . .	114
II. Die Einordnung der aktienrechtlichen Beschlussmängelklage . . . . .	115
<b>Teil 3 Die generelle Übertragbarkeit des aktienrechtlichen     Beschlussmängelsystems auf die GmbH . . . . .</b>	<b>117</b>
A. Die funktionelle Vergleichbarkeit: die Kapitalsammelfunktion . . . . .	117
I. Die Verzichtbarkeit der Kapitalsammelfunktion als Entstehungsgrund der GmbH . . . . .	118
II. Strukturunterschiede zwischen GmbH und AG im Hinblick auf die Kapitalsammelfunktion . . . . .	119
1. Beschränkung der Fungibilität des GmbH-Anteils . . . . .	121
2. Erhöhtes Haftungsrisiko des GmbH-Gesellschafters . . . . .	122
3. Der Einfluss des Organisationsrechts . . . . .	124
a) Satzungsautonomie . . . . .	124
b) Gesellschafterkompetenzen . . . . .	125
c) Auskunftsrecht . . . . .	126
d) Actio pro socio . . . . .	126
e) Aufsichtsrat . . . . .	127

III. Schlussfolgerungen	127
B. <i>Die historische Vergleichbarkeit: der Standpunkt des subjektiven Gesetzgebers</i>	128
I. Das GmbHG von 1892	128
1. Der historische Gesetzgeber	129
2. Das Beschlussmängelrecht in Rechtsprechung und Literatur	131
a) Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	131
aa) Die ursprüngliche Rechtsprechung des Reichsgerichts	131
bb) Ansätze einer Erosion des allgemeinen Anfechtungsrechts	132
b) Das Schrifttum	134
aa) Die frühe Literatur	134
bb) Die spätere Literatur	135
3. Ergebnisse	137
II. Die Reformbestrebungen zur Zeit des Nationalsozialismus	138
1. RMJ-E 1939	138
2. Die Wende in der Rechtsprechung des Reichsgerichts	140
III. Reformbestrebungen in der Bundesrepublik	142
1. Von der großen GmbH-Reform 1972/1973 zur kleinen GmbH-Reform 1980	142
a) Gesetzesentwürfe und ihre eingeschränkte Verwirklichung	142
b) Die Folgen für die Auslegung des geltenden Rechts	144
aa) Die Bedeutung des RegE GmbHG 1972/1973	144
bb) Die Bedeutung des § 24 Abs. 2 S. 1 KapErhG	145
2. Reformen mit punktuelltem Bezug zum Beschlussmängelrecht	147
a) BiRiLiG von 1985	147
b) EGIInsO von 1994	147
IV. Schlussfolgerungen	148
C. <i>Die strukturelle Vergleichbarkeit: das Verfahren der Beschlussfassung</i>	149
I. Die Regelung des Aktienrechts	150
II. Die Regelung des GmbH-Rechts	153
1. Das Beschlussverfahren	153
2. Folgen für das Beschlussmängelrecht	156
a) Das grundlegende Problem des Hinzutretens einer dritten Kategorie des nicht fixierten Beschlusses	156
b) Das Dilemma der herrschenden Auffassung	157
aa) Die drohende Marginalisierung der Beschlussmängelklage nach aktienrechtlichem Vorbild	157
bb) Die Beschlussfeststellung durch den Versammlungsleiter als Fixierungssubstitut	158
(1) Die Defizite der Beschlussfeststellung	159
(2) Die Beschlussfeststellung ersetzende Tatbestände	160
(3) Ausnahmen von der fixierenden Wirkung der Beschlussfeststellung	162
III. Schlussfolgerungen	164
D. <i>Die teleologische Vergleichbarkeit: das Bedürfnis nach Rechtssicherheit</i>	165
I. Die Rechtssicherheit im Beschlussmängelrecht der Aktiengesellschaft	167

1. Die Interessenlage im Hinblick auf die Rechtssicherheit in der Aktiengesellschaft	168
a) Das Bestandskraftinteresse	168
aa) Die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Aktiengesellschaft	168
bb) Bestandskraft im Interesse Dritter	169
(1) Grundsätzliche Einwände gegen ein Bestandskraftinteresse Dritter	170
(2) Gesonderte Berücksichtigung problematischer Fälle durch das Gesetz	172
(a) Umwandlungsvorgänge	172
(b) Unternehmensverträge	173
(c) Kapitalerhöhungen	174
(d) Verzicht auf Ersatzansprüche	174
(e) Bestellung des Abschlussprüfers	175
(f) Vom Gewinnverwendungsbeschluss abhängige Ansprüche	176
(3) Ergebnisse	176
b) Das institutionelle Legalitätsinteresse	176
aa) Das Interesse der Gläubiger	177
bb) Das Interesse der Aktionäre und des Anlegerpublikums	177
c) Das individuelle Rechtsschutzinteresse	178
2. Die Verwirklichung der Rechtssicherheit in der Aktiengesellschaft	179
3. Die Konkretisierung des Bedürfnisses nach Rechtssicherheit für das Beschlussmängelsystem der Aktiengesellschaft	181
II. Das Bedürfnis nach Rechtssicherheit im Beschlussmängelrecht der GmbH	182
1. Die Interessenlage im Hinblick auf das Bedürfnis nach Rechtssicherheit in der GmbH	182
a) Das Bestandskraftinteresse	182
aa) Gefährdung des internen Rechtsfriedens in der GmbH	183
bb) Bedeutung der umfassenden Kompetenz der Gesellschafter	183
cc) Bestandskraft im Interesse Dritter	187
dd) Ergebnisse	188
b) Das institutionelle Legalitätsinteresse	188
aa) Das Interesse der Gläubiger	188
bb) Das Interesse der Gesellschafter	189
c) Das individuelle Rechtsschutzinteresse	190
2. Leitlinien für einen Interessenausgleich in der GmbH	191
III. Schlussfolgerungen	191
E. Die Folgerungen für das Beschlussmängelrecht der GmbH	192
<b>Teil 4 Die Herleitung des allgemeinen Beschlussmängelrechts aus dem Anspruch auf Einhaltung der Verbandsverfassung</b>	195
A. Die dogmatische Fundierung des allgemeinen Beschlussmängelrechts	196
I. Die Unzulänglichkeiten des Nichtigkeitsdogmas	196
II. Der Anspruch auf gesetzes- und satzungskonformes Verhalten	198
1. Die Begründung des Anspruchs	198
a) Die Rechtslage in der Personengesellschaft	199

b) Die Rechtslage in der Körperschaft	200
2. Immanente Schranken des Anspruchs	205
3. Die Grundlage des allgemeinen Beschlussmängelrechts	209
a) Das Beschlussmängelrecht als Verwirklichung eines Aufhebungsanspruches	209
b) Das Beschlussmängelrecht als Verwirklichung eines Gegenrechts	214
aa) Die Rechtslage in der Personengesellschaft	214
bb) Die Rechtslage in der Körperschaft	217
B. Die Ausformung des allgemeinen Beschlussmängelrechts	219
I. Das Klagerecht des Mitgliedes	219
II. Das Klagerecht der Organe	222
III. Das Klagerecht Dritter	223
C. Die Folgerungen für das Beschlussmängelrecht der GmbH	223
<b>Teil 5 Die Durchbrechungen des allgemeinen Beschlussmängelrechts durch die analoge Anwendung einzelner Elemente der aktien- rechtlichen Regelung</b>	225
A. Die Nichtigkeit von Beschlüssen	225
I. Analoge Anwendbarkeit des § 241 AktG auf die GmbH	226
1. Einberufungsmängel nach § 241 Nr. 1 AktG	227
2. Beurkundungsmängel nach § 241 Nr. 2 AktG	229
3. Die Generalklauseln des § 241 Nr. 3 AktG	229
4. Inhaltliche Sittenwidrigkeit nach § 241 Nr. 4 AktG	232
5. Anfechtungsurteil und Löschung im Handelsregister (§ 241 Nr. 5, 6 AktG)	233
6. Ungeregelte Nichtigkeitsgründe	233
7. Ergebnisse	234
II. Die Heilung der Nichtigkeit nach § 242 AktG	234
1. Beurkundungsmängel nach § 241 Nr. 2 AktG	234
a) Die Funktion der Heilungsmöglichkeit im Aktienrecht	235
b) Die analoge Anwendbarkeit des § 242 Abs. 1 AktG auf die GmbH	235
2. Nichtigkeitsgründe nach § 241 Nr. 1, 3 und 4 AktG	238
a) Die Funktion der Heilungsmöglichkeit im Aktienrecht	239
b) Die analoge Anwendbarkeit des § 242 Abs. 2 AktG auf die GmbH	243
B. Die Anfechtbarkeit von Beschlüssen	245
I. Die Anfechtungsgründe und ihr Ausschluss	246
1. Die Grundregel des § 243 Abs. 1 AktG	246
2. Die Erlangung von Sondervorteilen nach § 243 Abs. 2 AktG	250
3. Verfahrensverstöße als Anfechtungsgründe und § 243 Abs. 4 S. 1 AktG	253
a) Das grundlegende Kausalitätsproblem	253
b) Die Lösung des Kausalitätsproblems im Aktienrecht	255
c) Die Übertragbarkeit der Lösung auf die GmbH	257
4. Der Ausschluss der Anfechtbarkeit nach § 243 Abs. 3 AktG	260
a) Anfechtungsausschluss bei technischen Störungen (§ 243 Abs. 3 Nr. 1 AktG)	260



b)	Anfechtungsausschluss bei Verletzung bestimmter Publizitäts- und Weitergabepflichten (§ 243 Abs. 3 Nr. 2 AktG) . . . . .	261
c)	Anfechtungsausschluss bei möglichem Ersetzungsverfahren (§ 243 Abs. 3 Nr. 3 AktG) . . . . .	261
5.	Der Ausschluss der Anfechtbarkeit durch Bestätigung (§ 244 AktG) . . . . .	262
a)	Die aktienrechtliche Regelung . . . . .	262
aa)	Die Beseitigung von Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Erstbeschlusses als Normzweck . . . . .	262
bb)	Die Vermeidung rückwirkender Beschlussnichtigkeit als Normzweck . . . . .	267
cc)	Die Heilung von Verfahrensmängeln als Normzweck . . . . .	268
b)	Die Übertragbarkeit auf die GmbH . . . . .	270
II.	Die Beschränkung der Geltendmachung von Anfechtungsgründen . . . . .	273
1.	Die Vorläufige Wirksamkeit anfechtbarer Beschlüsse . . . . .	275
a)	Die Rechtslage im Aktienrecht . . . . .	275
aa)	Begründungsdefizite der vorläufigen Wirksamkeit . . . . .	275
bb)	Die Inhaltslosigkeit der vorläufigen Wirksamkeit . . . . .	280
b)	Die Rechtslage in der GmbH . . . . .	284
2.	Die Frist zur Geltendmachung von Anfechtungsgründen . . . . .	284
a)	Die Rechtslage im Aktienrecht . . . . .	284
b)	Die Rechtslage in der GmbH . . . . .	285
aa)	Der Meinungsstand . . . . .	286
bb)	Die Übertragbarkeit der Monatsfrist auf das Recht der GmbH . . . . .	290
(1)	Rechtsschutzinteresse und Präklusionsfrist . . . . .	290
(a)	Die Relevanz besonderer rechtlicher Schwierigkeiten . . . . .	291
(b)	Die Relevanz der Erhaltung von Verhandlungsmöglichkeiten . . . . .	291
(c)	Die Relevanz mangelnder Kenntnis vom Beschluss . . . . .	292
(d)	Die Relevanz des Rechtsschutzinteresses . . . . .	296
(e)	Schlussfolgerungen . . . . .	297
(2)	Rechtssicherheit und Präklusionsfrist . . . . .	297
(a)	Die Relativierung der Rechtssicherheit durch eine flexible Präklusionsfrist . . . . .	297
(b)	Das Bedürfnis nach Rechtssicherheit in der GmbH . . . . .	298
(c)	Schlussfolgerungen . . . . .	299
cc)	Die Präklusion im Recht der GmbH als Verwirkungsproblem . . . . .	299
c)	Ergebnisse . . . . .	301
3.	Das Klageerfordernis . . . . .	301
a)	Die Rechtslage im Aktienrecht . . . . .	301
b)	Die Übertragbarkeit des Klageerfordernisses auf die GmbH . . . . .	304
aa)	Der Meinungsstand . . . . .	305
(1)	Argumente gegen das Erfordernis der Anfechtungsklage . . . . .	306
(2)	Argumente für das Erfordernis der Anfechtungsklage . . . . .	307
bb)	Die Vergleichbarkeit der Interessenlage . . . . .	309
(1)	Klageerfordernis und Verwirkung . . . . .	309
(2)	Klageerfordernis und Rechtssicherheit . . . . .	311
(a)	Die Herstellung der Rechtssicherheit durch das Klageerfordernis im Aktienrecht . . . . .	311

(b) Defizite des aktienrechtlichen Systems bei Übertragung auf die GmbH	312
(c) Der Zwang zur gerichtlichen Entscheidung	312
(d) Verteilung der Prozessführungslast	315
(e) Schlussfolgerungen	316
(3) Klageerfordernis und unmittelbarer Rechtsschutz gegen die relevante Maßnahmen	316
(a) Die Interessenlage	316
(b) Einzelfälle	317
c) Ergebnisse	320
C. Die Aktivlegitimation	321
I. Die Klagebefugnis der Mitglieder	322
1. Die Restriktionen des § 245 Nr. 1–3 AktG	322
a) Die Anfechtungsbefugnis der Aktionäre	322
b) Die Übertragbarkeit der Restriktionen auf die GmbH	323
aa) Erwerb vor der Bekanntmachung der Tagesordnung	323
bb) Teilnahme in der Gesellschafterversammlung	324
cc) Widerspruchserfordernis	326
2. Anfechtungsbefugnis und Zustimmung zum Beschluss	328
II. Die Klagebefugnis des Geschäftsführungsorgans (§ 245 Nr. 4 AktG)	329
III. Die Klagebefugnis der Organmitglieder (§ 245 Nr. 5 AktG)	331
1. Der Normzweck	331
2. Anwendungsfälle	333
a) Ausführung des Beschlusses stellt eine strafbare Handlung oder Ordnungswidrigkeit dar	333
b) Ausführung des Beschlusses führt zur Ersatzpflicht	333
c) Geschäftsführer wird durch den Beschluss abberufen	334
3. Schlussfolgerungen	336
IV. Die Klagebefugnis Dritter	336
D. Die Passivlegitimation	337
I. Die Deutung der Passivlegitimation der Gesellschaft im Aktienrecht	339
1. Die Passivlegitimation der Gesellschaft als Zurechnung des Organhandelns	339
2. Die Passivlegitimation der Gesellschaft als technische Vereinfachung	340
3. Die Passivlegitimation der Gesellschaft als Folge des materiellen Rechts	340
II. Die Übertragung der Passivlegitimation der Gesellschaft auf das Recht der GmbH	341
1. Die Passivlegitimation der GmbH als Grundsatz	341
2. Die Relevanz der »wahren Interessenträgerschaft«	341
3. Die Relevanz der Verteilungswirkung der Passivlegitimation der Gesellschaft	345
E. Rechtskrafterstreckung und Gestaltungswirkung	346
I. Rechtskrafterstreckung und Gestaltungswirkung im Recht der Aktiengesellschaft	346
1. Die Reichweite der Rechtskrafterstreckung	346
2. Die Reichweite der Gestaltungswirkung	347

a) Umgestaltung des vorläufig wirksamen Beschlusses . . . . .	347
b) »Vernichtung« des Beschlusses mit Wirkung gegenüber jedermann . .	348
aa) Begründungsdefizite der Vernichtungsthese . . . . .	348
bb) Die Inhaltslosigkeit der Vernichtungsthese . . . . .	351
c) Die verbleibende Gestaltungswirkung . . . . .	353
II. Rechtskrafterstreckung und Gestaltungswirkung im Recht der GmbH . . . . .	354
1. Die Gestaltungswirkung . . . . .	355
2. Die Rechtskrafterstreckung . . . . .	355
a) Die Rechtskrafterstreckung als allgemeines Prinzip des Beschlussmängelrechts . . . . .	355
aa) Die Effektivität des Abwehranspruches . . . . .	356
bb) Die Gefahr materiellrechtlicher Widersprüche . . . . .	357
cc) Die Gefahr der Rechtskraftkollision . . . . .	357
dd) Schlussfolgerungen . . . . .	361
b) Die Rechtskrafterstreckung als analoge Anwendung der §§ 248 Abs. 1 S. 1, 249 Abs. 1 S. 1 AktG . . . . .	361
aa) Die Funktion der §§ 248 Abs. 1 S. 1, 249 Abs. 1 S. 1 AktG im Recht der Aktiengesellschaft . . . . .	362
bb) Die analoge Anwendbarkeit der §§ 248 Abs. 1 S. 1, 249 Abs. 1 S. 1 AktG im Recht der GmbH . . . . .	365
F. <i>Prozessuales</i> . . . . .	368
I. Streitwertbestimmung . . . . .	368
II. Zuständiges Gericht und Verbindungsgebot . . . . .	373
III. Das Freigabeverfahren . . . . .	375
<b>Teil 6 Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen . . . . .</b>	<b>381</b>
<b>Abkürzungen . . . . .</b>	<b>389</b>
<b>Literatur . . . . .</b>	<b>397</b>
<b>Sachregister . . . . .</b>	<b>443</b>